

WAS TUN! FÜR MENSCHENRECHTE

Weltweit sind die Rechte queerer Menschen unter Druck, mancherorts droht gar die Todesstrafe. Umso wichtiger ist der Protest der Masse bei Pride Parades wie etwa in Budapest – für Gleichberechtigung und Schutz der LGBTQIA+ Communities.



Das war ein starkes Zeichen: In Hamburg gingen am ersten August-Wochenende über eine Viertelmillion Menschen auf die Straße, um für die Rechte queerer Menschen zu demonstrieren. Bundesweit wurde die Hamburger Rekordzahl von mehr als 260.000 Teilnehmenden und die Hansestadt für »die größte CSD-Demo aller Zeiten« gefeiert. Pride, gesellschaftlich anerkannt wie nie?

Ursprünglich ein Begriff aus der amerikanischen Lesben- und Schwulenbewegung, beschreibt Pride international den selbstachtenden und damit stolzen Umgang mit der eigenen »sexuellen« Identität. Weltweit werden Menschen, die sich etwa als lesbisch, schwul, bisexuell, trans oder intergeschlechtlich bezeichnen, immer noch ausgegrenzt. Sie werden diskriminiert, etwa bei Wohnungs- oder Jobsuche, und in vielen Staaten gehören Gewalterfahrungen für offen queer lebende Menschen zum Alltag.

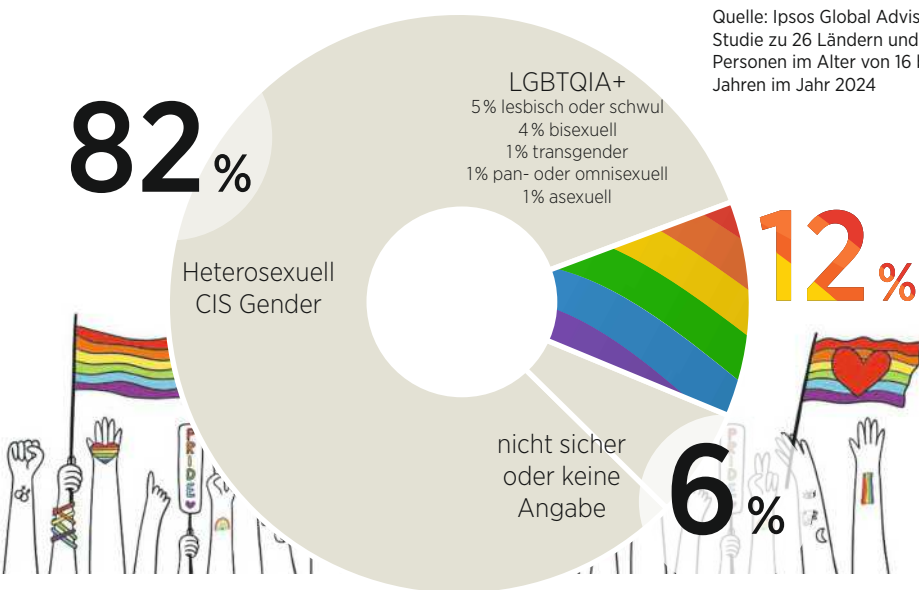
Die Anzahl der Straftaten gegen LGBTQIA+-Menschen ist in den letzten zehn Jahren auch in

der Bundesrepublik stark angestiegen. Dabei zeichnen Sozialforschende des Marktforschungsinstituts Ipsos grundsätzlich ein diverses Deutschlandbild: Zwölf Prozent der deutschen Bevölkerung identifizieren sich demnach als LGBTQIA+ – fünf Prozent als lesbisch oder schwul, vier Prozent als bisexuell, jeweils ein Prozent als transgener, pan-, omni- oder asexuell. Sechs Prozent der Deutschen sind sich unsicher oder machen keine Angaben. Und 82 Prozent geben sich als heterosexuell aus (siehe Schaubild). Aber auch hierzulande nimmt Hasskriminalität gegen Menschen zu, die nicht der bürgerlichen sexuellen oder geschlechtlichen Konvention entsprechen. So registrierte das Bundeskriminalamt im Jahr 2015 noch 222 Vorfälle. 2023 waren es 1.785 Straftaten. Das Spektrum reicht von verbalen Beleidigungen über Sachbeschädigung bis zu physischer Gewalt.

Konkreter Appell an die Politik
Vor diesem Hintergrund sticht die große Pride-Demo in Hamburg

BUNTES DEUTSCHLAND

Zwölf Prozent der Deutschen identifizieren sich als LGBTQIA+



heraus. 260.000 Teilnehmende, gemeinsam mit vielen Zuschauenden, 120 Trucks von Vereinen, Parteien, Unternehmen und Kirchengemeinden stellten sich in

Hamburg demonstrativ auf die Seite jener, die nicht in ein dimensionales Verständnis von Normativität passen. Das Motto: »Wir sind hier, um zu bleiben.

Queere Menschen schützen.« Auch die Co-Vorsitzenden von Hamburg Pride e.V., Jenny Saitzek und Christoph Kahrman, vertreten die eindrucksvolle Parade

als politisches Statement. »Wir gehören zu dieser Gesellschaft und fordern uneingeschränkt die gleichen Rechte.« Ihr Appell: »Der Schutz queerer Menschen muss endlich ausdrücklich in Artikel 3 des Grundgesetzes verankert werden.«

Hintergrund: Besagter Artikel 3 des Grundgesetzes regelt die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. So umfasst der zweite Absatz die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Absatz 3 verbietet explizit eine Bevorzugung oder Benachteiligung aufgrund von Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Glaube, Religion, politischen Anschauungen oder Behinderung. Nicht (zumindest noch nicht) thematisiert ist an dieser Stelle die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität. Eine »historische Lücke«, findet auch Sophie Koch, die Queerbeauftragte des Bundes. Gerade weil viele aus der Community einen gesellschaftlichen Rollback angesichts des nationalen und globalen Rechtsrucks befürchten.

Eine Reihe von Staaten geht ohnehin besonders repressiv gegen die LGBTQIA+ vor. In 64 Ländern der Erde (Stand Dezember 2024) sind gleichgeschlechtliche Beziehungen laut Amnesty International strafbar. In einigen Ländern, etwa Brunei, Iran, Saudi-Arabien, Jemen, Uganda oder den Nordstaaten Nigerias, kann aufgrund der sexuellen Orientierung sogar die Todesstrafe drohen.

Auch in Europa verschlechtert sich die Lage merklich
Größtes Negativbeispiel ist Ungarn, das nicht nur die Rechte von queeren Menschen einschränkt, sondern auch Meinungs- und Versammlungsfreiheit massiv kappt. So können ungarische Behörden aufgrund jüngster Gesetzgebung friedlich Protestierende dank eingesetzter Gesichtserkennungssoftware mit Überwachungsmaßnahmen und polizeilichen Repressionen einschüchtern. Ein am 18. März 2025 im Eiltempo verabschiedetes Gesetz erlaubt es, Pride-Paraden oder andere LGBTQIA+-Veranstaltungen

gänzlich zu verbieten und droht bei Nichtbeachtung mit Sanktionen bis hin zu sechsmonatiger Haftstrafe.

Kurzum: Ganz wichtig, dass die Budapest Pride trotz aller Drohkulissen stattfand. Und wie! Die ungarische Community und Unterstützende aus aller Welt, darunter auch Aktive von Amnesty International, fluteten in Scharen die polizeilich verbotene Budapest Pride – damit verteidigten Hunderttausende am 28. Juni die allgemeinen Menschenrechte und das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz aller.

IMPRESSUM: Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Helmut-Schmidt-Haus, Speersort 1, 20095 Hamburg. **Geschäftsführung:** Dr. Rainer Esser, Iris Ostermaier, Christian Röpke und Nils von der Kall. **Realisierung:** Studio ZX GmbH – Ein Unternehmen der ZEIT Verlagsgruppe. **Geschäftsführung:** Ilane Weiß, Dr. Mark Schffhauer, Lars Niemann. **Projektmanagement:** Flemming Holm. **Redaktion:** Cornelia Heim. **Grafik:** Jörg Maaßen. **Lektorat:** Egbert Scheunemann. **Chief Sales Officer ZEIT Advice:** Lars Niemann. **Head of Sales NPO:** Christine Köhl, christine.kuehl@zeit.de. **Senior Media Consultant NPO:** Duda Zeco, duda.zeco@zeit.de. **Media Consultant NPO:** Rosanna Romano, rosanna.romano@zeit.de. **Art Direction:** Dietle Stock. **Produktmanagement:** Elisabeth Becker. **Anzeigenpreise:** Preisliste Nr. 70 vom 1. Januar 2025.

Liebe ist ein Menschenrecht

IHRE RECHTE SIND IN DEUTSCHLAND BEDROHT.

Weil sie sich lieben.
Queere Rechte schützen.
Jetzt spenden.

AMNESTY INTERNATIONAL